

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

27. Woche für die Zeit vom 27. Juni bis 3. Juli 1896.

Posen, 6. Juli 1896.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 147 des Goniec Wielkopolski
vom 28. Juni 1896:

Der Gesetzenthwurf.

Deutschland schreitet mit Riesenschritten der Vollendung seines so sehr ersehnten Bürgerlichen Gesetzes entgegen. Mit welchem Stolz es auf das Werk blickt, beweist dessen Tagespresse, welche fast den Augenblick nicht erwarten kann, in welchem endlich ganz Deutschland ein und dasselbe Bürgerliche Gesetz haben wird. Nicht ganz mit Unrecht sehen wir dem werdenden Werk gleichgültig entgegen. Aus dem eigenen Lande vertrieben, nach dem täglichen Brod schmachtend, haben wir kaum so viel Zeit, den Roth, mit dem wir beworfen werden, von der müden Stirn zu wischen. Der Welt und dem eigenen Gewissen gegenüber sind wir frei von dem Vorwurf, daß nicht auch wir einen Ziegelstein zu dem immerhin doch friedlichen und großen Werke beitragen. Leider daran gewöhnt, daß Gesetze nicht für uns, sondern gegen uns geschmiedet werden, nähern wir uns mit Mißtrauen den verwickelten und glatten Paragraphen, mit welchen man uns fast überreich überschüttet. Die preußische Vorsicht hat, wie nirgends auf der Welt, Alles und Alle in jeder Lage und für jeden Fall schon von vornherein und im Voraus mit gesetzlichen Bestimmungen umgeben und man müßte ein Bücherwurm sein, wollte man auch nur oberflächlich alle die uns angehenden Vorschriften kennen lernen. Auf die Anzahl der Gesetze pp. können die Deutschen stolz sein, nicht aber auf deren inneren Werth. In Preußen werden Gesetze, wie nirgends auf der Welt, nicht für das Volk, sondern für die Gelehrten, für die Professoren erlassen. . . . Der einfache, oft sogar auch der gebildete Mann giebt sich nicht immer Rechenschaft über Alles, ihm genügt z. B. vollständig, daß er eine Forderung hat, und da der Schuldner säumig ist, so wird er klagbar. Der preußische Gesetzgeber hält es nicht für nothwendig, die Logik und Philosophie des polnischen Bauers zu studiren und doch könnte dies nur zu Gunsten der Gerechtigkeit sein. Ich verlange ausdrücklich, daß die Logik und Philosophie des polnischen und nicht des deutschen Bauers studirt werde und ich thue dies nicht ohne Grund. Wer den deutschen Bauer nämlich kennen gelernt hat, dem ist die Schlaueit nicht fremd, mit welcher derselbe auch die geringste Möglichkeit ausnützt, um seinen Willen durchzusetzen, und wie er sein ganzes Wesen anstrengt, um durch Schwindelei

und Winkelzüge sich vor Strafe oder Begleichung der Schuld zu schützen, was ihm übrigens der Gutmüthigkeit unseres Bauers gegenüber sehr oft gelingt. Dort und nirgend anders ist die verschrieene Klassen- Ueberlegenheit des deutschen Ansiedlers dem polnischen Bauer gegenüber zu suchen! . . .

In dem deutschen Bürgerlichen Gesetze, dessen dritte Lesung jetzt im Reichstage stattfindet, fehlt ein Paragraph und zwar folgender:

Kein Antrag darf lediglich aus formellen Gründen zurückgewiesen werden und jede Behörde ist verpflichtet, Anträge und Eingaben zu prüfen und in sachlicher Beziehung zu entscheiden; den Parteien ist gestattet, formelle Ergänzungen während des Prozesses zu machen, nöthigenfalls kann dies auch der Richter auf Kosten der Partei machen oder dieselbe durch Ordnungsstrafen dazu zwingen.

Wenige Ausnahmen, wie z. B. die Einlassungsfrist zur Erhebung des Widerspruchs, zur Anrufung einer höheren Instanz müßten als besondere Fälle aufgeführt werden, auf welche die vorstehende Vorschrift nicht angewendet werden darf. Und welcher Vortheil ist bei alledem? Für uns in nationaler Beziehung ausnahmsweise gar keiner; sonst aber wird die Gerechtigkeit der ganzen Menschheit, in erster Linie natürlich der deutschen Bevölkerung, also indirekt auch uns zu Theil werden. Die preußischen Gerichte werden bei der nächsten Statistik 100 000 Prozessesachen weniger aufführen, ebensoviel weniger werden die Beamten zu thun haben und die dadurch ersparten Prozeßkosten bleiben in der Tasche des vorwiegend armen Volkes. —

Aus Nr. 148 des Dziennik Poznański
vom 1. Juli 1896:

Einreichung der Warthe.

Eine für die Einwohner Posens recht freudige Nachricht bringen die Berliner Politischen Nachrichten. Das Blatt theilt nämlich mit, daß das Einreichungsprojekt der Warthe vom Kaiser geprüft worden sei, welcher dasselbe als eine äußerst glückliche Lösung der in technischer Beziehung schwierigen Aufgabe bezeichnet habe. — Wenn die Nachricht auf Wahrheit beruht, und wir haben keinen Grund, dieselbe zu bezweifeln, dann hat die beregte Angelegenheit, die seit so vielen Jahren die Einwohner unserer Stadt beschäftigt, einen wesentlichen Schritt vorwärts gethan

und wir können hoffen, daß die Regierung und der Magistrat, Dank der Unterstützung des Kaisers, endlich an die Eindeichung der Warthe herantreten werden, worauf Alle mit großer Ungeduld warten.

Aus Nr. 144 des Gonic Wielkopolski
vom 25. Juni 1896:

Betrifft die Gräber von 1848.

Aus Breschen.

Der Gonic Wielkopolski fordert zur Erhaltung der Massengräber der im Jahre 1848 bei Miłosław, Kions, Breschen, Tremessen, Gostyn u. s. w. gefallenen polnischen Krieger auf und endet seinen Artikel mit folgenden Worten: „Unsere im Jahre 1848 gefallenen Brüder verlangen von uns nichts weiter, als ein stilles Gebet und eine Handvoll polnischer Erde zur Bedeckung ihrer Gebeine. Unsere Pflicht ist es, ihnen dies zu gewähren. Verlassen wir uns auf Niemanden, denn so wie uns weder Preußen, noch Rußland oder Oesterreich Polen wiedergeben werden, so werden auch weder Frankreich, noch England, noch die Türkei u. s. w. Polen befreien oder auch nur eine Handvoll Erde auf unsere Grabhügel werfen. Dieses Alles müssen wir, nur wir allein thun. Wenn die Zeit unserer Buße zu Ende sein wird, wird Polen aufstehen, so wie Christus der Herr, und so wie Er auferstanden ist, ohne auch nur den Stein anzurühren, so werden wir auferstehen, ohne die Grenzen oder die Doppeladler zu verletzen. Nicht nur wir, sondern die ganze Welt wird dann die weiß-rothe Fahne mit dem Muttergottesbilde und dem polnischen Adler hoch halten und aus voller Brust rufen: Es leben die Polen, es lebe Polen! Die Nationen werden dann zu dem römisch-katholischen Glauben sich bekennen, auch die H.-N.-Listen werden es thun und manchen jetzt ängstlichen Polen beschämen!“

Aus Nr. 134 des Dziennik Poznański
vom 24. Juni 1896:

Aus der Provinz Posen, den 21. Juni.

Schulangelegenheiten.

Die Schulbehörde läßt die Lehrer alle Schulangelegenheiten, mögen dieselben persönlicher oder sogar allgemeiner, grundsätzlicher Natur sein, geheim halten. Wahrscheinlich sind hierzu wichtige Gründe vorhanden oder den Lehrern sind Weisungen erteilt worden, die eine öffentliche Kritik nicht aushalten würden. Da jedoch die Folgen jener Weisungen von den Schülern sehr empfunden werden, so giebt diese Geheimnisthuerie den Eltern einen triftigen Grund zur Unzufriedenheit. Wir wundern uns, daß die Zentralschulbehörde die einzelnen Regierungen nicht darüber aufklärt, inwieweit dieselben die in Schulsachen erlassenen Verfügungen geheim halten sollen.

Die Schule ist eine öffentliche Anstalt, die Schulinspektoren sind öffentliche Beamte, mit welchem Recht dürfen auf die beiden Faktoren sich beziehende Sachen im Dunkel gehalten werden? Wie sehr nothwendig die öffentliche Behandlung der Schulsachen ist, beweist u. A. der Bericht der alljährlich stattfindenden Kreis-Lehrer-Konferenz, welche im vorigen Monat unter der Leitung des Kreis Schulinspektors

und in Gegenwart des Schulraths Herrn Rossmann aus Posen in Schildberg abgehalten wurde. Zu dem erwähnten Bericht, welcher in der letzten Sonnabendausgabe der Preussischen Lehrer-Zeitung enthalten ist, bemerkt der Dziennik Poznański Folgendes:

„Angeichts der oftmals so unpädagogischen Anforderungen der Vertreter von Schulbehörden würde uns sehr erwünscht sein, wenn der Herr Kultusminister, namentlich im Interesse der armen polnischen Kinder, für Schulräthe und Kreis Schulinspektoren, d. h. wenn dieselben noch Anfänger sind, methodologische Kurse einrichtete, in die früher Lehrer geschickt wurden.“

Aus Nr. 144 des Kuryer Poznański
vom 25. Juni 1896:

Betrifft die Zeitung des Religionsunterrichts.

Aus Kujawien, 20. Juni.

Gestatten Sie, geehrter Herr Redakteur, daß ein fast schon greiser und im Dienste der Kirche sowie der Schule ergrauter Priester in der Angelegenheit das Wort nimmt, die seit ziemlich langer Zeit das Herz bluten macht und das Denken ernst anregt. Wir sind bereits verschiedene Formen erinnerlich, die unsre Busenfreunde in ihrem Verhalten uns gegenüber angewandt haben, doch weiß ich nicht, daß man, wie ich keck sagen kann, jemals derart sein Mütthchen an uns gekühlt hätte, wie heutzutage. Daß uns die Gendarmen gewaltsam aus der Parochie fortgebracht haben, daß man die uns rechtmäßig zukommenden Kompetenzen einbehalten hat, daß Der und Jener im Gefängniß Zeit erhielt, über die menschliche Gerechtigkeit nachzudenken, ist bekannt und die damals zugesügten Wunden sind noch nicht verharst. Doch verhehlt sich Niemand, daß diese durch irgendwelche Staatsraison diktierten Bedrückungen nicht im Stande gewesen sind, das Ansehen der Geistlichkeit zu untergraben, die Parochianen in ihrem Vertrauen und ihrer Anhänglichkeit an die Seelsorger schwankend zu machen oder Haß und Verdacht zu wecken.

Heut ist die Gefahr größer. Gewisse Leute arbeiten entweder selbständig oder in Vereine zusammengeschlossen eifrig daran, der Geistlichkeit die gedeihliche Arbeit in Kirche und Schule zum Ueberdruß zu machen und eine Kluft zwischen denjenigen zu schaffen, die ein Ziel, die Heranbildung und Erziehung des Volkes, besonders der jüngeren Generation vereinen müßte. Nicht allein im Großherzogthum, sondern überhaupt in ganz Deutschland erhebt sich ein furchtbares Geschrei, daß unsre Geistlichkeit das ganze deutsche Vaterland in einen Trümmerhaufen verwandeln wolle. Kein Wunder also, daß die Bedrohten, da die Geistlichen angeblich solche Absichten hegen, mit Verleumdung und Schikane den Angriff auf die liebe Unschuld abwehren, da dies mit Kugeln und Bajonetten nicht recht angeht. Hauptsächlich scheint diesen Leuten die Schule bedroht; drum können sie trotz aller Nachfülle nicht ruhig schlafen, so lange der Priester und sei es auch nur an der Schwelle der Schule steht.

Nachdem den Geistlichen die allgemeine Schulaufsicht abgenommen worden war, beherrschte manche Kreise ein wahrhafter Freudentaumel. Aber zu ihrem großen Schmerz hat die geistliche Behörde nach langem Kampfe das winzige Zugeständniß der Beaufsichtigung des Religionsunterrichts ausgewirkt. Mit welchen Vorschriften man diese theilweise Schulaufsicht umbrämt hat, wissen wir. Doch hat die Geistlichkeit auch aus

diesem winzigen, ihr wieder zugestandenen Rechte Nutzen zu ziehen gestrebt; die ehrenwerthen Lehrer bekundeten darüber ungeheuchelte Freude, da sie in dem Seelsorger wieder eine heilsame Unterstützung und eine gewisse Weihe für ihre mühevollen Arbeit fanden. Das Band zwischen Kirche und Schule knüpfte sich enger; das Ansehen der Schule wuchs in den Augen der Gemeinde.

Leider sollten wir uns allzusehnell überzeugen, daß diese Aufsicht über den Religionsunterricht ihre Schattenseiten hatte. Ihretwegen sehen wir heutzutage das heilige Tribunal der Buße angetastet; ihretwegen verübt heutzutage die Preßkohorte Eingriffe in die Rechte der geistlichen Behörde; ihretwegen erhebt sich das unheilverkündende Geschrei, daß man diejenigen Pfarrer, welche in irgend etwas die für wahre Freunde der Jugend unausführbaren und schweren Vorschriften verlegen, der Pfarrbenefizien berauben solle. Und welches ist der Anlaß zu diesem Lärm? Nun, ein katholischer Priester hat es gewagt, einem Lehrer eine Warnung zu ertheilen, der da vergaß, daß die Schule keine politische Agentur ist und daß er der Gemeinde in der Ausübung der Grundsätze der heiligen Kirche mit gutem Beispiele vorangehen müsse. Der Pfarrer erkühnte sich, sich in polnischer Sprache an polnische Kinder oder den Lehrer zu wenden, und das ist ja ein Verbrechen gegen die Majestät der Schulvorschriften: ja, was noch schlimmer ist, der Pfarrer hat etwas zu treffende Ausdrücke der Entrüstung über das Verhalten des Lehrers angewendet, — und noch dazu in Gegenwart der Kinder!

Ich billige es durchaus nicht, wenn ein Priester sich nicht beherrschen kann und sich soweit fortreißen läßt, daß er seine Worte und die Umstände nicht in Betracht zieht. Doch wohin kommen wir, wenn der Lehrer für eine Art unantastbare Heiligkeit angesehen wird, wenn wir einen solchen grünen, jungen Mann in der Überzeugung belassen, der Pfarrer hänge von seinen Gnaden und seinem Humor ab, und wehe dem Pfarrer, wenn er es wagen sollte, einen solchen neumodischen Pädagogen in irgend etwas zu tadeln! Der Lehrer, — das ist ja ein Beamter! Alles, was ihm über das Benehmen des Pfarrers zu sagen beliebt, ist ja unwiderlegbare Wahrheit. Der Pfarrer wird keinen Glauben finden, — denn — das ist ja ein katholischer Priester; wer sollte dessen Versicherungen und Beweisen Glauben schenken?

Die geistliche Behörde soll sofort den Pfarrer beseitigen, wenn er dem Lehrer nicht gefällt, und wenn nicht, dann soll der Landtag es wissen, welches Verbrechen die Geistlichkeit begeht, damit so schleunig als möglich ein neues Gesetz gegen diejenigen Pfarrer geschmiedet werde, welche nicht Alles gut heißen wollen, was in der Schule geschieht.

Kann sich unter solchen Umständen ein erträgliches Verhältniß zwischen der Geistlichkeit und den Lehrern herausbilden? Können die Gemeinden Vertrauen zu der Schule gewinnen, die Schüler den Lehrer lieben und achten, von dem sie wissen, daß er dem Pfarrer Schwierigkeiten macht, ihn ungern empfängt und ihn bei der Obrigkeit verklagt? Für uns ist die Antwort leicht, denn wir sind Zeugen der Erbitterung innerhalb der Gemeinden, der Unlust der Kinder, der Termine, Verfügungen und Beschwerden, der überaus Aergerniß erregenden Feindseligkeit und der Unannehmlichkeit, die der geistlichen Behörde verursacht wird.

Niemand kann bestreiten, daß sich eine für uns Geistliche sehr mißliche Lage herausgebildet hat, und so wende ich mich an die Priesterschaft mit der Frage, ob nicht die Zeit gekommen ist, daß wir *salva saneta obedientia* die geistliche Behörde bitten, uns

von der Verpflichtung, dahin zu streben, daß man uns die Aufsicht über den Religionsunterricht anvertraue, unter den Bedingungen, die man uns jetzt stellt, entbinde?

Ist doch unsere Aufsicht unter den gegebenen Verhältnissen gleich Null! Gegenüber Mängeln in der Schule müssen wir schweigen, denn ein Tadel ruft Denunziationen hervor. Unser Meinung nach sehr gerechtfertigte Forderungen bleiben erfolglos; die staatlichen Aufsichtsbeamten sehen uns ungerne; streberhafte Lehrer greifen jedes Wörtchen auf, stempeln den geringsten Verstoß in den Zeitungen zu einem großen Verbrechen, und lehren nicht viel Religion, da sie keine Zeit haben; der Gesang wird vernachlässigt, und die Religionsstunden werden zu einer Zeit angelegt, wo der Pfarrer nur unter Verlegung der kirchlichen Obliegenheiten sich in der Schule einstellen kann; zu jeder anderen Zeit sind ihm die Schultüren verschlossen.

Vergessen wir den sehr wichtigen Umstand nicht, daß die von uns geübte Aufsicht, für deren Umfang das Volk kein Verständniß hat, dasselbe in der Ueberzeugung bestärkt, wir billigten das in der Schule beobachtete, dem Volke verhaßte System! Ueberlegen wir uns dann wohl, welches von den beiden Uebeln das kleinere ist, ob wir die Schulaufsicht unter so feindseligen Verhältnissen ausüben oder derselben bis zu dem Zeitpunkt entlagen sollen, wo die Regierungsvorschriften sich ändern und uns das Recht wiedergegeben wird, das uns gebührt, d. h., daß der Religionsunterricht nicht von der Regierung, sondern vollständig von der Kirche abhängig ist.

Solange die Pfarrer nicht das Recht haben werden, darüber zu entscheiden, in welcher Sprache den Kindern der Religionsunterricht ertheilt werden soll; solange den Pfarrern nicht freigestellt wird, Einsicht zu nehmen, ob der Lehrer in den übrigen Stunden nicht das verdirbt, was er in der Religionsstunde gezwungen den Geistern eingepreßt hat; solange die Religionsstunden nicht vermehrt werden; so lange der Pfarrer in der Schule lediglich von der Kreischulinspektoren und Lehrer Gnaden geduldet wird: so lange kann von einem heilsamen Einfluß der Geistlichkeit auf die Schulerziehung nicht die Rede sein. Dies wissen unsere achtungswerthen Lehrer, deren es, Gott sei Dank, noch eine bedeutende Zahl bei uns giebt, wohl. Weshalb sie schweigen, wissen wir nur zu gut. Daß sie mit uns die Verblendung gewisser Kreise, welche die üblen Folgen der verkehrten Richtung des Religionsunterrichts nicht in Betracht ziehen, bedauern, dafür haben wir überzeugende Beweise. Es wird uns Pfarrern unangenehm sein, uns von der Schule zu trennen, da wir deren Bedeutung zu würdigen wissen. Die Arbeit in der Kirche häuft sich immer mehr; ob sie aber nicht nützlicher sein wird, als heut, wo man beständig zusehen muß, wie die Religion in der Schule behandelt wird, wo man ferner jedes Wörtchen auf die Waagschale legen muß, das wolle die geistige Behörde entscheiden.

Ehe es aber zur endgültigen Beurtheilung der Angelegenheit kommt, wollen die Herren Pfarrer, um mich und viele Andere, mit denen ich über die Sache gesprochen, zu belehren, ihre Ansicht äußern!

Aus Nr. 149 des Goniec Wielkopolski
vom 2. Juli 1896:

Kleinkinder-Bewahranstalt in Wsch.

Unsere Leser in Wsch ersuchen wir um gefällige Mittheilung, ob die Eltern polnischer und katholischer Kinder von der vom Frauenverein gegründeten Kleinkinder-Bewahranstalt, in welcher die Kinder unter der Leitung einer Diakonissin stehen werden, Gebrauch machen werden. Wir wollen hoffen, daß keine von unseren Müttern soweit die Pflichten einer Katholikin und Polin vergessen wird. Besteht dort eine polnische Kleinkinder-Bewahranstalt?

Aus Nr. 145 des Goniec Wielkopolski
vom 26. Juni 1896:

H.-R.-Z.

Wenn diese urberühmte Bruderschaft uns bis jetzt noch nicht für Diebe und Verbrecher schlimmster Art erklärt hat, so ist dies nur ein Beweis dafür, daß ihre noch nicht müde gewordenen, elenden Hezer den Verstand noch nicht vollständig verloren haben; daß uns dieselben jedoch in den Augen Europas, wie einst Nero die Christen, als den Auswurf der menschlichen Gesellschaft hinstellen wollen, beweisen die gemeinen Insinuationen, daß sie die Polen sogar als Meineidige und Wortbrüchige bezeichnen. Diese scheußlichen Harpyien, welche den Rest polnischen Blutes aussaugen möchten, wenden sich jetzt gegen die Handvoll polnischer Beamten, die noch unter uns sind. Was solche elenden und gemeinen Anschuldigungen werth sind, dies wird jeder ordentliche Mensch, sei er ein Pole oder ein Deutscher, erkennen. Den Verleumdern geht es darum, uns gänzlich der Hungersnoth preiszugeben, doch wappnen wir uns mit Geduld und bleiben wir ruhig gegenüber dem, was ein solcher der hakatistischen Bande angehörender Galgenvogel ohne Fren und Glauben aus Haß gegen Alles, was polnisch ist, ausspeit.

Aus Posen wird den „Berliner Neuesten Nachrichten“ Folgendes geschrieben: „Der von Mühlhausen im Elsaß nach Posen verlegte Postassistent Koczanski u. s. w.“

Aus Nr. 142 des Dziennik Kujawski
vom 24. Juni 1896:

H.-R.-Z. in Snowrazlaw.

Seit einiger Zeit ging in unserer Stadt und im Kreise das Gerücht um, der H.-R.-Z.-Verein beabsichtige den hiesigen Kujawischen Boten anzukaufen, um ihn in ein Kampfesorgan des Vereins zur Förderung des Deutschthums umzuwandeln; man wußte jedoch nicht, wer die Sache in die Hand genommen habe. Heute haben wir es erfahren. Ohne Namensunterschrift hat man uns nämlich heute folgenden Aufruf zugesandt:

Snowrazlaw, 20. Juni 1896.

Der Plan, den hiesigen Kujawischen Boten anzukaufen und zu einer den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechenderen Zeitung umzugestalten, hat bei den Deutschen von Stadt und Land den lebhaftesten Anklang gefunden. Die vorbereitenden Schritte und Verhandlungen sind nunmehr so weit gefördert, daß der entscheidende Beschluß gefaßt werden kann.

Da wir auch bei Ihnen des vollen Verständnisses und Interesses für das deutsch-nationale Unternehmen sicher sind, so beehren wir uns, Sie zu der Sonnabend, den 27. Juni Nachmittags 6 Uhr, im Saale Daniel stattfindenden Versammlung deutscher Vertrauensmänner mit der Bitte ganz ergebenst einzuladen, die Sache diskret behandeln zu wollen.

Eichner. Künzel. Leonhardt.

Die Sache ist also schon so weit gediehen, daß am Sonnabend die Entscheidung fallen soll. Zum besseren Verständniß für unsere auswärtigen Leser, welche die hiesigen Verhältnisse nicht kennen, fügen wir hinzu, daß Herr Eichner der Direktor des hiesigen Königlichen Gymnasiums, Herr Künzel Kreisbaumeister und Herr Leonhardt Besitzer von Rucawko im Kreise Snowrazlaw ist. Dieser Aufruf ist anscheinend an alle diejenigen unserer deutschen Mitbürger versandt worden, bezüglich derer die unterzeichneten Herren überzeugt waren, daß sie ebenso gegen die Polen gesinnt seien, wie die Schreiber selbst. Indessen hat sich unter ihnen augenscheinlich Jemand gefunden, der die polenfeindlichen Gefühle nicht theilt und es für seine Pflicht angesehen hat, uns durch Zusendung jenes Aufrufs bezüglich der Absichten der Herren vom H.-R.-Z.-Verein in Kenntniß zu setzen. Fürs Erste enthalten wir uns weiterer Bemerkungen. Wir stellen nur zum zehnten Male fest, daß der H.-R.-Z.-Verein ein politischer Verein ist, da er, wie wir sehen, ein politisches Blatt ankauft.

Aus Nr. 147 des Oredownik
vom 28. Juni 1896:

Eine ansehnliche Zahl Posener Sokols

ist heut (Sonnabend) mit dem Zuge um 1/2 5 Uhr über Breslau nach Krakau zum Sokolkongreß gereist. Auf dem Bahnhofe schlossen sich ihnen die Delegirten der Sokolvereine des Großherzogthums an. Von den Posener Sokols werden ebenfalls 8 Genossen an den gymnastischen Uebungen theilnehmen.

Aus Ostpreußen.

Aus Nr. 146 des Goniec Wielkopolski
vom 27. Juni 1896:

Das preußische Lithauen will in den Armen des Deutschthums nicht sterben, sondern, seiner göttlichen und natürlichen Rechte sich bewußt, verlangt es, was ihm mit Recht zukommt, das heißt den Religionsunterricht in der Muttersprache. Es forderte dies bereits von Herrn v. Gossler, heute klopfte es persönlich bei Kaiser Wilhelm an und nachdem es bei ihm keine Audienz erhalten, begab es sich zu Herrn Boffe, der das Versprechen gab, selbst nach Lithauen zu kommen und die Schulverhältnisse an Ort und Stelle zu prüfen. Bei der Rundfahrt werden Herrn Boffe lithauische Bürger und zwar die Herren Glasus, Alchies, Wannags, Grajczus und Rajtinus begleiten. Wir werden sehen, welches Ergebniß die Reise haben wird, ob der Herr Minister, der sich selbst einen fanatischen Deutschen nannte, die gerechten Forderungen der Lithauer berücksichtigen wird. Bei dieser Gelegenheit wird er sich persönlich überzeugen können, daß das lithauische Volk, obwohl

es gewaltfam vor 360 Jahren zum lutherischen Glauben gezwungen wurde, seine Muttersprache dennoch beibehielt und sich eifrig Mühe giebt, seinen Kindern diese Sprache zu überliefern. Er wird sich ferner auch überzeugen, daß nicht nur der Franzose, Däne, Böhme und Pole, sondern auch der Lithauer dringend um Hilfe wenigstens für das junge Geschlecht flehet, welches sogar von Gott in der Muttersprache zu lernen aufhört. Nationen werden von Gott nicht verlassen, wenn dieselben ihn nicht verlassen; und wenn auch die lieben Brüder in Preußisch-Lithauen nicht eines und desselben Glaubens mit uns sind und man sie ebenso, wie die Brüder in Masuren schon längst von dem Glaubensstamm losgerissen hat, so fühlen wir doch mit ihnen zusammen und theilen mit brüderlichen Herzen ihre Leiden.

Aus Westpreußen.

Aus Nr. 144 des Oredownik
vom 25. Juni 1896:

Von dem Besuch der Graudenzer Ausstellung

räth die Gazeta Grudziöndzka den Polen ab. Sie meint, dieselbe sehe schlecht aus, und es verlohne sich nicht, daß die Polen ihr Beachtung schenkten. Mit diesem „Es lohnt sich nicht“ sind wir Polen wirklich bedauernswerthe Wesen. Von der Berliner Ausstellung haben einzelne unserer Zeitungen ebenfalls geschrieben, ein Besuch verlohne sich nicht. Das soll nämlich wunder wie klug und berechnet aussehen, dieses Erwägen „weshalb und wozu“ Das und Jenes für uns von Vortheil sein könne! Aber auch das wird offenkundig, daß wir nicht allein kein Geld haben, um nach Berlin zu reisen, auch keines, um Ludom-Dombrowka vor der Landbank zu retten. Nicht allein zum Retten fehlt uns der nervus rerum, sondern auch, um Dies und Jenes unserer öffentlichen ja sogar privaten Institute zu erhalten. Was ist aber bei uns stets da? Der ganze Mund voll Phrasen und zwar solcher im Geschmacke der „Gaz. Grudziöndzka“! Und grade darum kommen bei uns ganze soziale Volksklassen in wirtschaftlicher Beziehung — auf den Hund. Ob eine Ausstellung gelungen oder mißlungen ist, — wenn der polnische Gewerbetreibende oder Kaufmann den Besuch derselben als in seinem Interesse gelegen erachtet, so möge er sie sich ansehen, denn sowohl in dem einen wie im andern Falle kann er daraus für sich Nutzen ziehen.

Aus Nr. 73 der Gazeta Gdańska
vom 27. Juni 1896:

Betrifft die Wahlen.

Driczmin.

Hier hat Herr von Jaworski 93, Herr Holtz 17 Stimmen erhalten. Ungeheures Unrecht wird hier verübt. Man hat Niemanden angenommen, der gegenwärtig nicht im Wahlbezirk wohnhaft ist. Dadurch haben wir in der Parochie 300 Stimmen verloren, die Deutschen 30, im Wahlbezirk Driczmin wir 25, die Deutschen 7; 12 von den Unsern, die eingetragen waren, kamen von der Arbeit nicht zurück. Die Deutschen sagen, wir hätten, um Arbeiter aus fremden Gegenden heranzuziehen, 15—18 000 Mark aus-

gegeben. Das ist erdacht; doch sieht man, daß man uns mit Recht für lebensfähig ansieht. Es muß sofort ein Protest eingereicht werden, und ich büрге dafür, daß wir bei den künftigen Wahlen siegen. Sie haben uns selbst die Waffe in die Hände gegeben. Gedenken wir der uns zugefügten Unbill, um sie in den Volksversammlungen zur Sprache zu bringen.

Aus Nr. 146 der Gazeta Toruńska
vom 27. Juni 1896:

Lipusch, 24. Juni.

Vergebens haben wir auf die Auslegung der Urwählerlisten gewartet. Auf die wiederholte diesbezügliche Anfrage antwortete der Schulze, er habe keine Listen ausgeschrieben, da im Kreisblatt nichts davon gestanden habe, daß auch dort Wahlmännerwahlen stattfinden würden, wo dieselben für nichtig erklärt worden seien, sondern daß nur da solche erfolgten, wo ein Wahlmann verstorben oder verzogen sei. Und der hiesige Herr Amtsvorsteher soll zu einem der früheren Wahlmänner oder Beisitzer gesagt haben: „Wollt Ihr neue Wahlen haben, so schreibt deswegen an den Herrn Präsidenten!“

Es sollten also keine Wahlen stattfinden; darum beschwerten wir uns bei dem Wahlkommissar, dem Herrn Landrath in Stargard mit der Bitte, dafür zu sorgen, daß unserer Forderung Genüge geschehe. In Uebereinstimmung mit unserem Verlangen ordnete der Herr Landrath Wahlen an; ein von dem Berenter Landrathsamt Abends abgesandtes Telegramm forderte die Wählerlisten von dem Herrn Amtsvorsteher ein. Es wurden demgemäß vom Schulzenamt schnell die Listen abgeschrieben und am folgenden Tage dem Landrathsamt zu Berent übersandt. Der 9. Juni war damals jedoch bereits vorüber. Die Listen wurden nur einmal, und zwar am 16., 17. und 18. Juni ausgelegt; die Wahlen fanden am 23. d. Mts. statt, und es wurden in der ersten Klasse der Herr Pastor Bierhuf, in der zweiten und dritten Klasse Katholiken, die Herren Weilandt und Renf gewählt. Von vornherein sagte der Herr Amtsvorsteher, die Wahlen würden für nichtig erklärt werden, da die Listen nicht beim ersten Male, also vor dem 9. d. Mts. ausgelegen hätten. Daß die Wahlen am 23. d. Mts. stattfänden, wurde hier erst am 22. d. Mts. amtlich bekannt gemacht.

Aus Nr. 74 der Gazeta Gdańska
vom 1. Juli 1896:

Gruczno. Man hat von den Umgezogenen keine Stimmzettel angenommen.

Bzowo. (?) Die Umgezogenen wurden nicht zur Wahl zugelassen, trotzdem sie in der Liste verzeichnet waren.

Zielonka. Michalowski aus Blondzmin wurde nicht zugelassen, da sein Sohn sich im Irrenhause befinden soll und der Vater die Unterhaltungskosten für denselben nicht aufzubringen im Stande ist.

Stargard. Der Landrath Herr Hagen in Stargard entließ den Bureangehilfen Herrn Thielas, weil derselbe bei den Wahlmännerwahlen den Polen Baranowski gewählt hatte.

Aus Nr. 75 des Pielgrzym
vom 28. Juni 1896:

Die gestrigen Wahlen fanden bei uns unter den Klängen der Hymne „Boże coś Polskę“ statt, die eine Wanderkapelle in einer der Hauptstraßen spielte. Da es um die Mittagsstunde war, wo die Meisten sich nach dem Wahllokal begaben, so blieb Mancher stehen und lauschte, wenn auch von Weitem, dieser wundervollen und jedem Polen theuren Melodie. Ja, selbst Deutsche blieben stehen und hörten aufmerksam zu, obgleich mancher von ihnen wahrscheinlich nicht wußte, was die Musikanten spielten, sonst würde man wohl an der großen Glocke Lärm geschlagen haben.

Aus Nr. 75 der Gazeta Grudziądzka
vom 29. Juni 1896:

Schönheit bei Schweiß (polnisch Przechowo).

Sieben der Unsrigen, die nach anderen Orten verzogen waren, konnten ihre Stimmzettel nicht abgeben, da man dieselben nicht annahm, obgleich alle diese Leute im Kreise Schweiß wohnen und in der alten Liste eingetragen sind. Es sind dies Szczepanowski-Schweiß, Kornowski-Laski, Piotrowski-Jarzembieniec, Grzegorz-Morsko, Kojeda-Piefarki, Dziekanowski-Jarzembieniec, Zulkowski-Rozanna, Koslicki-Ernsthof und Wittowski-Schweiß. Dagegen hat man 4 Deutschen und 2 Juden, die ebenfalls von ihrem früheren Wohnort verzogen waren, die Stimmzettel abgenommen. Ihre Namen sind: Knopf-Schweiß, Block-Konopat, Heise-Schweiß, Jelski-Gruczno, Graff-Bagniewo und Lublinski-Czapel. Als ich den Vorsitzenden fragte, wie es möglich sei, daß man von den Einen Stimmzettel annehme, von Anderen aber nicht, antwortete er mir, jede Diskussion im Wahllokal sei verboten, ich solle eine Beschwerde einreichen. Zugleich theile ich mit, daß um 2 Uhr Nachmittag weder der Wahlvorsteher noch dessen Stellvertreter, sondern nur zwei Beisitzer, die Herren Porsch und Welsandt am Tische gewesen sind.

Aus Nr. 149 des Oredownik
vom 2. Juli 1896:

Im Hinblick auf das

Wahlergebnis in Stargard-Dirschau-Berent

meint der Oredownik: Immer mehr polnischer Boden geht in deutsche Hände über, aber auch in immer größerer Zahl drängt sich das polnische Volk zur Wahlurne. Die systematisch veranlaßte materielle Niederlage ertödtet den nationalen Geist im polnischen Volke nicht — im Gegentheil — es sieht so aus, als werde derselbe dadurch erst angefaßt.

Aus Nr. 75 der Gazeta Grudziądzka
vom 29. Juni 1896:

Seiner Zeit forderte die hiesige Polizei eine deutsche Uebersetzung der Statuten des Sokol ein. Da der Verein eine solche Uebersetzung

nicht besitzt, nach den gesetzlichen Vorschriften als unpolitischer, sich nicht mit öffentlichen Angelegenheiten befassender Verein Satzungen überhaupt nicht zu besitzen braucht, und da er ferner von dem Grundsatze ausging, daß die vorhandenen Satzungen nur zum Privatgebrauch für die Mitglieder bestimmt seien, reichte er dieselben in polnischer Sprache ein und lehnte die Zustellung einer deutschen Uebersetzung ab. Als die Polizei von Neuem mahnte, beschwerte man sich bei dem Regierungs-Präsidenten in Marienwerder. Derselbe gab jetzt nach langer Zeit den Bescheid, die Ortspolizei habe das Recht, die Zustellung einer deutschen Uebersetzung zu verlangen. Um diese prinzipielle Sache zur Aufklärung zu bringen, hat der Sokol auch jetzt der Polizei keine Uebersetzung eingereicht, und er wird sich bis an die höchste Instanz wenden.

Aus Nr. 75 der Gazeta Grudziądzka
vom 29. Juni 1896:

Eines Tages kaufte ein gewisser Offizier der hiesigen Besatzung im Laden eines polnischen Kaufmanns eine kleine Menge Waaren ein. Als die im Laden anwesende Frau des Kaufmanns mit dem Handlungsgehilfen einige polnische Worte wechselte, muß das jenem Offizier augenscheinlich nicht gefallen haben, denn er sagte mit saurer Miene: „Ach, es geht hier also Alles polnisch zu?!“ und ließ sich von dem Augenblick an in diesem Geschäft nicht mehr sehen.

Aus Nr. 73 der Gazeta Grudziądzka
vom 25. Juni 1896:

Beleidigung des Herrn Bischofs durch den Bislaw'er Amtsvorsteher.

Ich muß unsern Lesern heut eine unangenehme Mittheilung machen. Der Bislaw'er Amtsvorsteher von Zikewitz befand sich am vorigen Donnerstag Vormittag nebst seiner Gattin auf dem Bahnhof in Polnisch-Osthein. Im Gespräche mit einem Herrn gab v. Z. auf dessen Frage, ob er mit seinem neu gekauften Hunde zufrieden sei, Bescheid in folgendem Sinne: „Ach wo, ich möchte ihn am liebsten erschießen; aber unterdeß kann er mir noch zu etwas taugen.“ Auf die weitere Frage, wozu, erwiderte v. Z. ungefähr: „Nun, in Kurzem wird der Bischof herkommen; da werde ich mir noch einen Hund kaufen, Bauern darauf setzen und dieselben als Kavallerie ihm voran schicken.“ (Das ist eine Verspottung des alten Brauchs, daß dem visitirenden Bischof eine Schaar Berittener vorausfreitet.) Was meint Ihr dazu, geliebte Leser? Ohne Zweifel hat Jeder mit Verachtung und Enttäuschung diese unserm hochwürdigen Erzhirten und mittelbar auch unsrer Kirche und dem katholischen Glauben zugefügte Beleidigung gelesen. Anders ist es nämlich unmöglich, diese Worte aufzufassen.

Und die Sache ist noch um so schlimmer, als ein Beamter, der die Beachtung der Landesgesetze zu überwachen und als solcher sich vor Allem sorgfältig in Acht zu nehmen hat, was Aergerniß geben und sein Ansehen untergraben könnte, in so herabwürdigender Form seine Abneigung vor einem kirchlichen Würdenträger kundgethan hat. Dazu ist Herr von Zikewitz Offizier gewesen; man müßte also von ihm annehmen, daß er als Angehöriger des in

Deutschland am höchsten geschätzten Standes schon aus Anstandsriicksichten sich nicht so taktlos benehmen würde. Endlich darf nicht übersehen werden, daß die betreffende Person, zu der v. Z. gesprochen, katholisch ist, welcher Umstand die wegwerfende Aeußerung über den Herrn Bischof um so strafwürdiger erscheinen läßt.

Mit Recht trat jener, bis ins Innerste getroffene Katholik schützend für seinen Bischof ein, indem er dem Herrn Amtsvorsteher das Unpassende des Auftretens desselben nachwies und ihn darauf aufmerksam machte, daß der Bischof in seinem Amtscharakter im Range des Regierungs-Präsidenten stehe. Doch richtete er damit nichts aus, da Herr v. Zigewitz entgegnete, er mache sich nichts daraus. Dessen Frau war derselben Ansicht und fügte noch hinzu, andere Leute sprächen noch ganz anders über diese Sachen. Damit ist ersichtlich der Beweis erbracht, daß die Worte des Amtsvorstehers v. Zigewitz durchaus nicht etwa ein unzeitiger Scherz gewesen sind, der unbewußt seinem Munde entschlüpfte, sondern eine absichtlich ausgesprochene Beleidigung des Herrn Bischofs, demgegenüber er als dem Vertreter der geistlichen Gewalt in der katholischen Kirche durch Spötteleien und Wizeleien, die an den Kasernenton streifen, seine Abneigung kundthun wollte. Das sind also schöne Verhältnisse! Wir lassen uns über dieses beklagenswerthe Vorkommniß ausführlicher aus, damit nicht allein die katholische Bevölkerung davon erfahre, sondern auch die höhere Behörde, und damit letztere schleunigst einen so wenig entsprechenden Beamten von seiner bisherigen Stellung enthebe. Für diejenigen Deutschkatholiken und besonders Pfarrer aber, welche zu dem sündhaften Germanisirungswerk die Hand zu bieten bereit sind, möge diese dem Hochwürdigsten Herrn Bischof zugefügte Beleidigung eine greifbare und heilsame Warnung bilden.

Aus Nr. 73 der Gazeta Gdańska
vom 27. Juni 1896:

Herr Pastor Wirth

hat uns nachstehendes Schreiben zugesandt:

Mirchau, 24. Juni 1896.

Die Redaktion

ersuche ich auf Grund des Preßgesetzes um Aufnahme folgender Berichtigung der Notiz in Nr. 66 vom 11. Juni 1896, welche mir erst heute zu Gesicht gekommen ist.

1) Es ist unwahr, daß ich den mit dem Auftragen eines kleinen Schuppens beauftragten Zimmerleuten verboten habe, unter sich polnisch zu reden. Diese Angabe erweckt den Schein, als sei das Verbot ein allgemeines gewesen; ich habe mir vielmehr nur verboten, „in meiner Gegenwart,“ also nur in den wenigen Augenblicken, wenn ich mich auf der Baustelle aufhielte, polnisch zu reden, da ich die polnische Sprache nicht verstehe. Das Niederlegen der Arbeit von seiten der Leute war ein unmotivirter Akt eines wild ausbrechenden Fanatismus.

2) Es ist unwahr, daß ich gesagt habe, ich „könne es nicht vertragen, daß Jemand in meiner Ortschaft polnisch spreche,“ damit steht die Thatfache in Widerspruch daß die Bevölkerung von Mirchau (nicht Mirakowo) in ihrer großen Mehrheit aus deutschen Unterthanen polnischer, oder richtiger: kassubischer Zunge besteht und sogar die evangelischen Deutschen sich im Verkehr mit jenen nach langjähriger Gewohnheit stets der polnischen Sprache bedienen.

3) Es ist unwahr, daß die betreffenden Zimmerleute nicht deutsch können. Der Rädelshführer, mit dem ich es ausschließlich zu thun hatte, konnte sogar außerordentlich fließend deutsch sprechen.

4) Es ist völlig aus der Luft gegriffen, daß ich jemals „einem Deutschen, der einen Kramladen hat und zum größeren Theil von der polnischen Bevölkerung lebt,“ gesagt habe, dieser solle polnischen Leuten nichts verkaufen.“

Im Uebrigen verwahre ich mich dagegen, daß etwa Ihre Zeitung das Recht hätte, mir Vorschriften zu machen, wie ich mich innerhalb meines Geschäftes zu verhalten habe. Ich werde mir stets erlauben, meiner patriotischen Pflicht nach meinem Ermessen zu genügen und namentlich die stark antipatriotischen Bestrebungen gewisser polnischen Elemente furchtlos zu bekämpfen, unbekümmert darum, ob ich dadurch bei polnischen Zeitungen oder sonstwo Anstoß erzeuge oder nicht.

Achtungsvoll

Wirth, Pfarrer.

Herr Pastor Wirth wird gestatten, daß wir auf sein Schreiben mit einigen Worten antworten: Alles, was unser Berichterstatter mitgetheilt hat, soll also unwahr sein; und dennoch ist es, was der Herr Pastor selbst eingesteht, wahr, daß er, sei es, wie es wolle, den Zimmerleuten verboten hat, polnisch zu sprechen. Augensteinkind kann das nur in seiner Anwesenheit geschehen, denn andernfalls wären die Polen keinem derartigen Verbot ausgesetzt gewesen. Die Form jenes Verbots mußte derart sein, daß sie die Zimmerleute reizte, die Arbeit niederzulegen. Daß der Herr Pastor nicht polnisch kann, daran sind die Arbeiter nicht schuld. Daß die Niederlegung der Arbeit in Betracht des Verbots, sich in der Muttersprache zu unterhalten, ein „unmotivirter Akt eines wild ausbrechenden Fanatismus“ gewesen ist, ist sehr zu bezweifeln. Möge der Herr Pastor sich nicht der Täuschung hingeben, daß die polnische Bevölkerung ihre Würde nicht fühle und sich verächtlich behandeln lasse! Unserer Ansicht nach ist die Niederlegung der Arbeit durch das Verbot des Herrn Pastors, polnisch zu sprechen, mehr als hinreichend begründet. Von „wildem Fanatismus“ ließe sich vieles sprechen, doch nicht auf Seiten des fast zu bescheidenen polnisch-katholischen Volkes, sondern vielmehr auf Seiten der Deutschen vom Schlage der S.-R.-L., welche das polnische Volk auf jedem Schritt herausfordern.

Daß die Zimmerleute deutsch können, ist ja sehr schön; sollen sie aber deshalb ihre Muttersprache verächtlich behandeln und sich ihrer in Gegenwart von Deutschen nicht mehr bedienen? Fürwahr, so anspruchsvoll müßte Niemand sein, eingedenk dessen, daß die Muttersprache eine Gabe Gottes ist, die zu verachten sich nicht ziemt.

Weder die „Gazeta Gdańska“ noch ein anderes polnisches Blatt denkt daran, dem Herrn Pastor Vorschriften zu machen. Möge er ein deutscher Patriot sein, wie es ihm beliebt! Wenn er jedoch die Vertheidigung der bedrohten polnischen Sprache, den Schutz unsres heiligen Glaubens sowie unsrer katholischen und nationalen Sitten und Bräuche als „antipatriotische Bestrebungen gewisser polnischer Elemente“ auffassen, wenn er ferner diesen Schutz und diese Liebe zu unsern Heiligthümern „unerforschten bekämpfen“ sollte, dann möge er gewiß sein, daß sowohl unsre Zeitungen, als die gesammte polnische Bevölkerung in würdiger Weise alle Angriffe abzuwehren wissen und Niemandem gestatten werden, unsre nationale Würde mit Füßen zu treten. Eine kleine Probe hat Herr Wirth an jenen polnischen Zimmerleuten gehabt, die es vortzogen, dem Verdienst zu entsagen und die Arbeit niederzulegen, als sich seinem Verbot, polnisch zu

sprechen, zu fügen. Das ist doch gewiß ein zu billiges Verhalten und die Liebe der Wackeren zu ihrer Muttersprache ist nur zu loben.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 24 der Praca (Beiblatt zum Katolik)
vom 16. Juni 1896:

Balenze.

Als ich durch das Dorf Schwentochlowitz ging, begegnete ich einer Anzahl Arbeiter aus Falwahütte. Dieselben unterhielten sich darüber, wie die Herren in anderen Gegenden viel Geld zu guten Zwecken verwendeten und wie sie Fonds zu Gunsten der Arbeiter, die längere Zeit in der Fabrik beschäftigt wären, stifteten. Bei ihnen in Oberschlesien sei fast nirgend so etwas anzutreffen, denn dort würden der Arbeiter und seine Kräfte ausgenützt und je länger derselbe arbeitete, desto mehr müsse er sich vorsehen, denn wegen der geringsten Kleinigkeit könne er seine Arbeit und die bei der Hüttenkasse eingezahlten Beiträge verlieren. In der Praca stehe es auch geschrieben, daß diejenigen Fabriken am wenigsten für die Arbeiter etwas thäten, welche auf Aktien gegründet seien. Falwahütte sei keine Aktiengesellschaft, denn sie gehöre dem Grafen auf Meidels und könnte für die Arbeiter viel mehr thun, als dies bis jetzt der Fall gewesen sei. Andere Hütten zahlten ihren Arbeitern die Hälfte ihres Arbeitsverdienstes aus der Krankenkasse, Falwahütte zahle jedoch in der I. Klasse 1,50 Mk., erkrankte aber ein Arbeiter, so werde er gleich in das Krankenhaus eingeliefert und ihm gleich die Hälfte von dem Betrage, den er aus der Kasse erhalte, für das Bazaroth abgezogen, so daß die Frau nur 4 Mk. 50 Pf. auf die Woche erhalte. Jedermann müsse es klar sein, daß sie mit ihren Kindern damit nicht auskommen könne, zumal sie noch 8 Mark monatlich Miethe zahlen müsse und noch viele andere Nebenausgaben habe. Und wenn der Arbeiter auch nur eine Woche krank darniederliege, so müsse er in Elend gerathen, geschweige wenn er längere Zeit krank sein sollte. In das Krankenhaus müsse er gehen, anderenfalls er weder Arznei, noch Unterstützung aus der Krankenkasse bekäme.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 178 der Gazeta Narodowa
vom 28. Juni 1896:

Der polnische Industrie-Verein in Kattowitz.

Die Strafkammer des Landgerichts in Beuthen, Ober-Schlesien, hat gelegentlich des Prozesses gegen den Vorsitzenden des Kattowitzer Industrie-Vereins, Lewandowski, u. A. hervorgehoben, daß es in Deutschland keine Polen, sondern nur Deutsche und Preußen giebt. Hierzu bemerkt die Gazeta Narodowa Folgendes: „Nach Ansicht des Beuthener Gerichts giebt es also in Oberschlesien keine Polen. Durch dieses epochemachende Urtheil machte dasselbe die langjährigen Vorurtheile zu nichte, welche zwar seit zehn Jahrhunderten bestehen, immerhin aber noch schädlich und gefährlich sind. In welchem Irrthum befanden sich da nicht die bisherigen Geschichtsschreiber, Philologen und Ethnographen, welche in bedauernswerther Verblendung die Oberschlesier zur polnischen Nationalität rechneten! welchen geradezu slavischen Widerstand beweisen die Schlesier selbst, welche sich seit tausend Jahren als Polen betrachten und in dieser

falschen Ansicht nicht wankend wurden trotz ernster Ermahnungen seitens der deutschen Presse und der örtlichen Behörden! Wenn ihnen nicht das Erkenntniß des Beuthener Gerichts die Augen öffnet und es die Geschichtsschreiber, Philologen pp. nicht überzeugt, so wird dies nur ein neuer Beweis sein für den revolutionären Sinn der Polen und ihre unverbesserlichen Zukunftsträume. Dieser monumentale Ausdruck aber hat eine weit über die Grenzen einer Provinz reichende Tragweite. Es ist dies ein Fingerzeig dafür, wie sich die so genannte polnische Frage in Preußen am schnellsten und einfachsten erledigen läßt. Wenn das Beuthener Gericht das Vorhandensein der Polen bestritt, so hindert nichts, ein ähnliches Urtheil auch in Posen und Thorn zu fällen; es wird dann amtlich festgestellt sein, daß die Polen weder in Großpolen, noch in Westpreußen vorhanden sind und Leute, welche diese unwiderlegbare Thatsache bestreiten, wird man in's Gefängniß bringen, oder als Verleüer der gerichtlichen Autorität verbannen können. Der polnische Alp verläßt den Bismarck und das große deutsche Vaterland athmet ruhig auf.

In Bestätigung des schöffengerichtlichen Urtheils in Kattowitz setzt das Beuthener Erkenntniß wegen „politischer Agitationen“ gegen Mitglieder des dortigen Industrie-Vereins Strafen fest. Der Hauptbelastungszeuge war der dortige Bürgermeister, welcher amtlich den Verhandlungen beiwohnt; das Erkenntniß stützt sich auch hauptsächlich auf seine Aussagen. Dieser Würdenträger erklärte mit bewunderungswürdigen Offenheit, daß er der polnischen Sprache, in welcher verhandelt wurde, gar nicht mächtig sei. Trotzdem war er wegen des dem deutschen Stamme eigenthümlichen Scharfsinns im Stande, die politische Bedeutung der dort gehaltenen Reden zu beurtheilen. Und man darf sich auch nicht wundern. Die polnische Sprache ist par excellence eine revolutionäre Sprache, man braucht sie gar nicht zu verstehen, um zu wissen, daß Alles, was polnisch gesprochen wird, einen gefährlichen und umstürzlerischen Charakter hat. Der Herr Bürgermeister ging von dieser Ansicht aus und das Gericht erkannte dieselbe als vollständig richtig an. Il y a des juges à Berlin.“

Man muß jedoch nicht glauben — bemerkt der in Krakau erscheinende Czas — das Urtheil stütze sich auf eigene Annahmen und zweifelhafte Vermuthungen der örtlichen Verwaltung. Im Gegentheil, im Laufe der Verhandlung kamen später in der gerichtlichen Begründung hervorgehobene Umstände zu Tage, welche die aufwieglerische Thätigkeit des verurtheilten Vereins in einem äußerst grellen Licht darstellten. So haben z. B. die Vereinsmitglieder ihre urgermanischen Namen wie „Zajac“ u. s. w. in der polnischen Schreibweise geschrieben, überdies aber gelegentlich der Volkszählung auf der Zählkarte sich als Polen eingetragen! Seltene Verfehrtheit und merkwürdige Verstocktheit! Diese Thatsache hervorhebend, rügt das Gericht ernstlich die Schuldigen und hebt mit Nachdruck hervor, daß auf diese Weise ihre politische Agitation hinlänglich erwiesen sei. Ein weises, tiefsinniges und gerechtes Urtheil. Beugen wir uns vor der preussischen Gerichtsbarkheit und wiederholen wir salbungsvoll: il y a des juges à Berlin!

Dieser charakteristische Fall aus dem Leben der Polen unter preussischem Szepter enthält vor allen Dingen eine bittere Ironie, giebt aber auch Veranlassung zum ernstesten Nachdenken. Die wilden Bogen chauvinistischer Agitation in Deutschland verlassen bereits die Bismarcksche Presse und gelangen in die Verwaltungsbureaus und von diesen in die Tribunale, deren Aufgabe die Rechtsprechung ist. Die Ansicht, sich offen als einen Polen zu erklären, sei ein Verbrechen gegen die preussische Monarchie und gegen Deutschlands Einheit, hat ausschließlich die chauvinistische Presse erfunden und popularisirt; heute gelangt

sie in die gerichtlichen Erkenntnisse, nicht nur die Grundsätze der allgemeinen Sittlichkeit, sondern sogar auch die gesetzlichen Bestimmungen fälschend. Es beginnt ein systematischer Kampf mit dem polnischen Element und die Bismarck'schen Blätter finden einen mächtigen Wiederhall dort, wo Unparteilichkeit und Gewissenhaftigkeit das höchste Gesetz sein müßten. Diese Eigenschaften der Agitation besigen das Merkmal der Revolution und des Umsturzes, denn sie bringen eine haßerfüllte Gährung in die sozialen Verhältnisse hinein, untergraben das Gefühl der Gesetzmäßigkeit und erweitern den Abgrund, welcher zwei nebeneinander wohnende Nationalitäten trennt. Das Dulden aber dieser traurigen Uebergänge seitens der Zentralbehörden macht sie zu Mitschuldigen in der Thätigkeit, die nicht nur schädlich, sondern auch strafwürdig und verbrecherisch ist.

Aus Nr. 147 der Nowa Reforma
vom 28. Juni 1896:

Krakau, 26. Juni.

Liebe und theure Gäste begrüßen wir heut in unsern Mauern. Die Sokol'schaaren aus den polnischen Landen kommen zum dritten Kongreß in Krakau zusammen.

Von den Einrichtungen und Vereinen, die zum Schutze unserer nationalen Interessen geschaffen und gegründet worden sind, hat sich das Sokolthum bei uns am günstigsten entwickelt. Die Idee, die verkümmerten Generationen in der Erwartung physisch wiedergeboren werden zu lassen, daß in dem gesunden Körper auch ein gesunder Geist Wohnung nehmen werde, hat im Lande allgemein Beifall gefunden. In die Reihen der Sokols eilten die alten Führer der Gesamtheit; neben ihnen nahmen zahlreiche Schaaren lebenslustiger junger Leute Platz. Ohne viel Aufforderungen bildete sich eine Sokolarmee; die Lösung der polnischen Demokratie, der Selbsthülfe, der Gleichheit und Brüderlichkeit ertönte in den polnischen Landen und entfaltete die Standarten, unter deren Sokolzeichen sich geschlossene Regionen sammelten, durchdrungen von edlen nationalen Gedanken und der Bürgerpflichten bewußt.

Den Beweis dafür, daß sie für diese Pflichten Verstandniß besaß, legte auch die einstige Hauptstadt der Jagellonen ab, indem sie in dem Sokolwerk mit gutem Beispiel voranging. Die heutige Feier ist zugleich ein Fest des Krakauer Sokols, der heut vor 10 Jahren ins Leben gerufen wurde. Dank der Energie und dem Opfermuth der Bürger hat sich im Laufe eines Jahrzehnts das Sokolinstitut in unserer Stadt glänzend entwickelt. Krakau kann über das vollendete Werk stolz sein, das ganze Schaaren junger Leute physisch und geistig gekräftigt, Leute verschie-

dener gesellschaftlicher Kreise einander genähert und sie die Kraft hat erkennen lassen, die im solidaren Zusammenwirken verborgen liegt. Ein schönes Gebäude, ein dauernder Unterkunftsort für den Sokol wurde durch den Opfermuth der Bürger aufgeführt als Brennpunkt edlen Denkens, als Quelle physischer, dem Wohle des Landes und der Nation dienender Kraft. Wieviel erhabene Worte klangen an den Mauern des Krakauer Sokolbaues wieder; wieviel Herzen wurden darin warm, wieviel Bruderhände fanden sich! Und doch ist das erst der Anfang! Jetzt erst müßte sich ein in seelischer und physischer Beziehung gesundes Leben im Krakauer Sokol entwickeln und dem schwachen, doch thatenlustigen Organismus der wiedererstehenden Gesamtheit frischen Geist einhauchen.

Unsre Volksgesamtheit hat von vornherein begriffen, daß der Sokol nicht nur ein gymnastischer Verein, nicht nur eine Einrichtung sei, welche künftige Athleten und Akrobaten auszubilden habe. Die physische Gesundheit ist die unumgängliche Vorbedingung einer normalen Entwicklung der Geisteskräfte; nur ein gesunder Mensch kann sich glücklich und thatenfroh fühlen. Aber diese physische Gesundheit ist und darf nicht der einzige Zweck des Lebens der einzelnen Persönlichkeit und noch minder einer Volks-gesamtheit sein. Das ist das Mittel, nicht der Zweck unsers organischen Schaffens. Auf dieser physischen Grundlage führen wir das ganze Gebäude unsrer Zukunftshoffnungen auf. Wir wollen physisch und geistig gesund und frisch den Augenblick erwarten, wo das Vaterland alle unsere Kräfte, alles das von uns fordert, was wir in der Vergangenheit erworben haben. Diese Kräfte erwerben wir in den Sokolvereinen; hier stärken wir unseren physischen Organismus, damit derselbe der ehrenvollen Geistesarbeit zu Zwecken des Gemeinwohls, zum Wohle der gesamten Nation gewachsen sei. Als Verehrer einer so aufgefaßten Sokol-Idee begrüßen wir mit aufrichtiger Freude die Genossen von nah und fern! Mögen ihnen in dieser uralten polnischen Hauptstadt die Herzen lebhafter schlagen und erstarken bei den Denkmälern des einstigen Glanzes der Nation. Mögen ihre Sokolflügel kräftig werden zum Fluge in die Höhen, wo, wie der Dichter sagt, die höchsten und heiligsten Ideale „Gott und Vaterland“ thronen!“

Der galizische Sokolverband besteht aus 70 Vereinen in 7 Bezirken, und zwar der Bezirk Krakau mit 12 Vereinen und 1870 Mitgliedern, Tarnow mit 11 Vereinen und 953 Mitgliedern, Rzeszow mit 9 Vereinen und 754 Mitgliedern, Przemyśl mit 8 Vereinen und 869 Mitgliedern, Lemberg mit 10 Vereinen und 2028 Mitgliedern, Tarnopol mit 8 Vereinen und 623 Mitgliedern und Stanislawowo mit 12 Vereinen und 1070 Mitgliedern. Der Verband zählt also 8165 Turner. 8 Vereine haben sich dem Verbande noch nicht angeschlossen.

